

Die BDK mögen folgenden Antrag beschließen:

Für ein NEIN beim Mitgliederentscheid über die Aufnahme des BGE ins Parteiprogramm der Partei DIE LINKE

Die Bundesdelegiertenkonferenz der BAG Betrieb & Gewerkschaft ruft die Mitglieder der Partei DIE LINKE auf, beim anstehenden Mitgliederentscheid über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) mit NEIN zu stimmen.

Wir verstehen, dass für viele Menschen die aktuellen Krisenerfahrungen radikal sind. Wir verstehen deshalb auch den Wunsch nach radikalen Antworten. Viele machen die Erfahrung, dass sie vom Jobcenter gegängelt werden und sich von einem schlecht bezahlten Job mit miesen Arbeitsbedingungen zum nächsten hangeln müssen. Wir halten ein BGE allerdings für ungeeignet und meinen, dass es strategisch in die Irre führt.

Die große Ungerechtigkeit des BGE liegt in seiner Bedingungslosigkeit. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Familie Albrecht die gleiche Unterstützung erhalten soll, wie die vielen Kassiererinnen in den ALDI-Filialen. Alle Menschen gleich zu behandeln – unabhängig von ihrer jeweiligen persönlichen Situation ist nicht gerecht. Linke Sozialpolitik sollte diejenigen unterstützen, die es dringend benötigen. Deshalb muss Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Geholfen werden muss denen, die es brauchen.

Hinzu kommt, dass wir die gegenwärtige Abstimmung über eine derart konträre Frage für nicht hilfreich halten. DIE LINKE befindet sich in ihrer schwersten Krise. Es muss jetzt darum gehen, die Partei möglichst zusammenzuhalten, anstatt sie mit einem Mitgliederentscheid unter einen programmatischen Entscheidungsdruck zu setzen. Dass der Mitgliederentscheid zudem 150.000 Euro kosten wird, stellt die Partei vor zusätzliche finanzielle Belastungen.

Beim Mitgliederentscheid mit NEIN zu stimmen, bedeutet nicht, sich gegen das BGE auszusprechen. Ein NEIN bedeutet vielmehr, dass die Forderung nach einem BGE nicht ins Parteiprogramm aufgenommen wird. Die Positionierung der Partei zu Hartz IV und prekärer Beschäftigung bliebe in diesem Falle die Forderung nach einer sanktionsfreien Mindestsicherung. Nur wenn auf dieser Grundlage können BGE-Kritiker und BGE-Befürworter die Frage nach einem BGE auch weiterhin auf Augenhöhe miteinander diskutieren. Die Frage des BGE offen zu halten, stärkt deshalb die Partei.